

Grußwort und medienpolitischer Impuls von StSin Heike Raab anlässlich der Jahrestagung des Journalistinnenbundes am 25. September 2020

Sehr geehrte Damen,

Ich freue mich sehr, dass der Journalistinnenbund seine Jahrestagung erneut in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz abhält und begrüße Sie sehr herzlich in unseren Räumen. Mittlerweile haben wir auch schon etwas Übung mit Veranstaltungen unter „Corona-Bedingungen“, so dass Sie auch unter diesen – für uns alle immer noch nicht alltäglichen – Bedingungen einen schönen Abend in unseren Räumen erleben können.

Leider kann ich heute nicht persönlich bei Ihnen sein, aber auch in sogenannter „Remote-Teilnahme“ konnten wir alle in der Vergangenheit Erfahrungen sammeln, so dass ich diesen Weg gerne wähle um zu Ihnen zu sprechen.

Besonders begrüßen möchte ich an dieser Stelle Frau Sittler, die Vorsitzende des Journalistinnenbundes, die mit ihren Kolleginnen erneut ein tolles Programm auf die Beine gestellt hat. Besonders begrüßen möchte ich auch Juliane Seifert, Staatssekretärin im BMFSFJ, die Teilnehmerinnen der Podiumsrunde und natürlich die Preisträgerinnen, denen ich an dieser Stelle bereits meine herzlichen Glückwünsche sende.

„Mutig gegen Hass und Hetze“ das ist der Titel der heutigen Veranstaltung. Und auf dem Podium sitzen Frauen, die diesen Mut in der Vergangenheit eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben – indem sie sich gewehrt haben, ihren Standpunkt verteidigt haben und sich der sachlichen Diskussion gestellt haben. Trotz der enormen Wucht, mit der Hass und Hetze über sie hereingebrochen sind.

Während massive Hassbotschaften sich zunächst in sozialen Medien breit machten, in denen das Gefühl von Anonymität und physischer Distanz die Verfasser anzuspornen scheint, ist Hass und Hetze nun auch in der „realen“ Welt angekommen. Das ehemals „Unsagbare“ wird gesagt und das ehemals „Undenkbare“ wird in die Tat umgesetzt.

Ich habe hier insbesondere die Bilder der „Querdenken“ Demonstrationen im Kopf, bei denen sich eine Mélange aus berechtigten Sorgen und extremistischen Interessen zu radikalen Äußerungen und leider auch gewaltsamen Aktionen entwickelt.

Wir leben in einer Demokratie, und eine Demokratie lebt von Teilhabe, Offenheit, Debatte und auch Streit. Doch um diese Debatte und diesen Streit für unsere Demokratie nutzbar zu machen, braucht es Regeln, und es braucht Strukturen, die diese Regeln durchsetzen – zur Wahrung der Rechte aller.

Dies darf sich natürlich nicht auf die reale Welt beschränken, in der besonnene und integre Ordnungskräfte eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllen. Auch im Internet muss die Durchsetzung geltenden Rechts gewährleistet sein.

In Rheinland-Pfalz wurde hierfür zum Beispiel das Projekt „Verfolgen und Löschen“ gestartet. Mit der Initiative der Landesmedienanstalt, der Justiz und der Medienhäuser

in Rheinland-Pfalz wird gemeinsam Hassrede bekämpft, indem Inhalte auf schnellem Weg gemeldet und verfolgt werden können. Ziel ist es, Täter sichtbar zu machen und zur Verantwortung zu ziehen anstatt ihre Kommentare nur zu löschen. Ähnliche Initiativen wurden auch in anderen Ländern gestartet.

Als Reaktion auf die Anschläge in Halle und Hanau hat die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität auf den Weg gebracht, das unter anderem die Verantwortlichkeit von Social-Media-Diensten bei der Bekämpfung von Hass und Hetze im Netz regelt.

Hass und Hetze betreffen nicht nur den Einzelnen, nicht nur das betroffene Opfer. Sie haben Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft, auf die Art wie wir diskutieren und miteinander reden und auch auf die Berichterstattung in den Medien.

Die Aggressivität und Wut, die Medien entgegengebracht wird, ist erschreckend und befremdlich. Journalistinnen und Redakteure werden beleidigt, diffamiert und angegriffen. Rechtspopulisten greifen Medienanstalten an und wollen politisch Einfluss nehmen.

Unabhängige Berichterstattung und freie Medien sind unerlässlich für das Funktionieren einer Demokratie. Die Medien haben die Aufgabe, gesellschaftliche Missstände aufzudecken und kritisch zu berichten. So wurde der öffentlich-rechtliche Rundfunk im föderalen Deutschland gegründet, gerade weil die demokratische Gesellschaft freie und von Einzelinteressen unabhängige Medien sicherstellen wollte.

Wir erleben derzeit in Deutschland aber auch in anderen Ländern Europas eine hitzige Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seine Finanzierung. Grundlegende Reformen werden gefordert, die insbesondere zu Einspareffekten führen sollen. Ich möchte an dieser Stelle betonen: Wir verschließen uns nicht der Debatte um notwendige Reformen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk und mahnen diese auch an. Dies steht in keinem Widerspruch dazu, sich schützend vor die vielen Journalisten und Journalistinnen und ihre gute, unabhängige Arbeit zu stellen.

Im Gegenteil: Wir dürfen die Reformdiskussion nicht den politischen Kräften überlassen, die über das Instrument der Finanzierung im Grunde inhaltlich auf die Sendeanstalten Einfluss nehmen wollen.

Hass und Hetze sind Gift für unsere Gesellschaft, für unsere Demokratie und unsere Freiheit. Wir müssen ihnen mutig und entschlossen entgegentreten, um unsere Werte aufrecht erhalten zu können. Hierfür stehen uns rechtliche Instrumente und Mechanismen zur Verfügung, die wir ständig auf ihre Tauglichkeit hin überprüfen müssen und die wir nutzen müssen – im Interesse aller.

Ich bin sicher, die Diskussion heute Abend wird weitere Erkenntnisse und Ansätze aufzeigen, wie wir uns gegen Hass und Hetze im Netz und auf der Straße zur Wehr setzen können – als Einzelne und auch als Gesellschaft.

Ich wünsche Ihnen allen eine angeregte Runde und einen schönen Abend bei uns in der Landesvertretung!